

Antrag zum Unterbezirksparteitag der SPD Frankfurt am 12./13.04.2019

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Unterbezirksparteitag der Frankfurter SPD unterstützt die Forderungen der politisch engagierten Gewerkschafter*innen an den OB und die Stadträtin und fordern die Partei, ihre Mandatsträger und SPD-Fraktion im Römer auf, im Sinne ihres Offenen Briefs aktiv zu werden. Wir sehen die Stadtpolitik in der Verantwortung, über Strukturen der Öffentlichen Daseinsvorsorge zu entscheiden, das kann nicht den Trägern allein überlassen werden. Wir fordern deshalb die sozialpolitisch Verantwortlichen der Stadt Frankfurt am Main auf:

- Stellt sicher, dass die Besitzstände und Existenzgrundlagen der Beschäftigten in der Behindertenhilfe auf dem qualitativen Niveau und tariflich bezahlt gesichert werden: Dass den Beschäftigten ihre geleisteten Überstunden vergütet und ihre tarifvertraglichen Ansprüche erfüllt werden!
- Wir fordern den Oberbürgermeister und die Stadtpolitiker auf: Schützt die Behindertenhilfe vor der Auslieferung an den Wettbewerb des Marktes. Stellt die solidarischen Grundlagen der Sozialpolitik wieder her.
- Wenn die Freie Wohlfahrtspflege nicht in der Lage ist, ihre eigenen sozialen Ansprüche gegenüber dem Druck des Wettbewerbs und des Marktes zu garantieren, sollte im Interesse des Schutzes der kommunalen Daseinsvorsorge und der Rechte ihrer Beschäftigten, städtisch geförderte Vereine in einen städtischen Eigenbetrieb überführt werden. Damit werden auch die öffentliche Kontrolle dieser Arbeit und die Verwendung der öffentlichen Gelder garantiert. Diese Forderung stellt der Unterbezirkspartei aktuell im Fall des CeBeef.

Begründung:

„Ungewöhnlich“ ist vor dem Hintergrund des Tariftreuebeschlusses der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung von 2012, dass die Stadt in den letzten fünf Jahren akzeptiert hat, dass drei Träger, die städtisch gefördert werden, von deren Geschäftsführungen als insolvent erklärt werden. Schutzschirminsolvenzen, demnach die (tariflichen) Leistungen der Beschäftigten zur Rettung des Vereins geopfert werden, während die Verantwortlichen der Misswirtschaft weiter den Betrieb in den Abgrund führen.

Deshalb sehen wir keinen anderen Weg als die „Kommunalisierung“ der kommunalen Daseinsvorsorge zur Sicherung von Beschäftigten und Menschen, die das Recht haben, diese Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Siehe auch:

FR 12./13.1.2019: „Die Stadt soll den CeBeeF übernehmen. Gewerkschafter wollen den Club Behinderter und ihrer Freunde retten. Offener Brief an den OB.“

FR 15.1.2019: „Behindertenhilfe: Stadt will CeBeeF nicht übernehmen. Das Sozialdezernat nennt eine Umwandlung in einen Eigenbetrieb „ungewöhnlich“. Aber die Lebenshilfe hat Interesse, bei dem insolventen Träger der Behindertenhilfe einzusteigen.“